

Vergabenummer

26-2000080230

Maßnahme

Leistung

Pförtner- und Sicherheitsdienst an der Hochschule der Deutschen Bundesbank, Schloss Hachenburg

Besondere Vertragsbedingungen der Deutschen Bundesbank

1 Überwachung der Anlieferung/Ansprechpartner

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber.

Dieser hat Herrn/Frau - **wird mit Zuschlag bekannt gegeben** -

mit der Wahrnehmung beauftragt.

Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. von der o. g. Person getroffen werden.

2 Anlieferung/Ort der Leistungserbringung

Annahmestelle: **Hochschule der Deutschen Bundesbank**

Ort, Gebäude, Raum **Schloss**

57627 Hachenburg

3 Vertragslaufzeit/Vertragspreise

3.1 Der Vertrag beginnt am 01.11.2026. Die Vertragslaufzeit beträgt 4 Jahre. Der Vertrag kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Vertragsjahresende schriftlich gekündigt werden.

Das Recht, aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, bleibt davon unberührt.

3.2 Die vereinbarten Vertragspreise gelten für die Dauer eines Jahres ab Inkrafttreten des Vertrages als Festpreise. Diese Preisbindung kann für den Anteil des Tariflohns und der lohngelundenen Kosten aufgehoben werden, falls die Anpassung im Rahmen einer gesetzlichen Regelung erfolgen soll. Die Erhöhung von Nebenkosten wie Fahrgelder, Trennungsentwürdigungen und Erschwerniszulagen berechtigt den Auftragnehmer nicht zu Preisanpassungen.

3.3 Nach Ablauf des ersten Vertragsjahres kann jede Vertragspartei einen schriftlich begründeten Antrag auf Preisanpassung bis spätestens 6 Monate vor dem geplanten Änderungstermin stellen. Kommt eine Einigung der Vertragsparteien zustande, gelten die neuen Preise wieder für ein Jahr als Festpreise. Kommt bis zum Änderungstermin eine Einigung bei der Preisanpassung nicht zustande, endet der Vertrag zum Änderungstermin.

3.4 Mit den vereinbarten Festpreisen sind sämtliche Tätigkeiten des Auftragnehmers, die in der Leistungsbeschreibung, dem Preisblatt oder den vorliegenden Zusätzlichen Vertragsbedingungen einschließlich ihrer Anlagen genannt werden, abgegolten, einschließlich aller Zulagen, wie Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlag sowie aller Nebenkosten, wie Spesen oder Fahrgelder.

4 Vertragsstrafen (§ 11 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen

4.1 bei Überschreitung der unter Ziff. 3 genannten Ausführungsfrist(en)

☐ für jede vollendete Woche Prozent

☐ für jeden Werktag Prozent

desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt --- Prozent der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

4.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

5 Rechnungen (§ 15 VOL/B)

5.1 Alle Rechnungen mit Ausnahme von Ziffer 5.3 sind bei der Deutschen Bundesbank als Elektronische Rechnung über die Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter Angabe der Leitweg-ID 991-80008-08 einzureichen. Voraussetzung für die Einreichung von Rechnungen bei der OZG-RE ist die einmalige Registrierung/Anlage eines Nutzerkontos (<https://xrechnung-bdr.de/>). Eine Bedienhilfe zur Nutzung der OZG-RE finden Sie unter <https://xrechnung-bdr.de/edi/auth/Help> sowie weiterführende Informationen zur Rechnungsstellung unter <https://www.e-rechnung-bund.de/rechnungssteller/>.

5.2 Die Zahlungsfrist beginnt erst ab vertragsgemäßer bzw. abgenommener Lieferung/Leistung und Eingang einer fälligen Rechnung.

Rechnungssteller müssen Rechnungen gegenüber der Deutschen Bundesbank in elektronischer Form im Sinne der E-Rechnungsverordnung (ERechV) ausstellen und übermitteln.

Die Elektronische Rechnung ist über die Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter Verwendung der Leitweg-ID 991-80008-08 einzureichen und muss zwingend die Bestellnummer (Bsp. BBk-xxxxxxx-x) enthalten. Rechnungsbegleitende Anhänge zu einer Elektronischen Rechnung sind nur zulässig, wenn sie im PDF-Format eingereicht werden. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor, Rechnungen ohne Bestellnummer an den Rechnungssteller zurückzuweisen.

Die 30-tägige Zahlungsfrist gemäß § 286 Abs. 3 S. 1 BGB wird nur bei Eingang einer Elektronischen Rechnung, die die vorstehend genannten Voraussetzungen erfüllt, in Lauf gesetzt.

5.3 Bei einem Rechnungsbetrag unter 1.000 Euro netto können die Vertragsparteien von einer elektronischen Rechnungsstellung absehen, wenn dieser Rechnung ein Direktauftrag ohne vorherige Durchführung eines Vergabeverfahrens zugrunde liegt. In diesen Fällen kann die Rechnung per Mail an elektronischer-rechnungseingang@bundesbank.de oder postalisch an Deutsche Bundesbank, Buchhaltung Scanstelle, Postfach 57 03 48, 22772 Hamburg gesendet werden.

5.4 Die Rechnungsstellung erfolgt bei Dauerschuldverhältnissen: monatlich nachträglich.

Dabei ist neben dem Rechnungsbetrag die Bestellnummer sowie die Vertragsnummer (wird mit Zuschlagserteilung mitgeteilt) anzugeben. Auf dem Arbeitsnachweis muss neben der Bestellbelegnummer auch die Bestellposition angegeben werden.

Die Zahlung erfolgt bei vertragsgemäßer Leistung und Abnahme innerhalb 30 Tagen nach Eingang der Rechnung ohne Abzug. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der auf den Tag des Auftragseingangs bei dem die Überweisung ausführenden Servicezentrum Buchhaltung des Auftraggebers folgende Geschäftstag. Sollte die Leistungserbringung erst nach Rechnungseingang erfolgen / abgeschlossen sein, verlängert sich das Zahlungsziel entsprechend.

6 Sicherheitsleistung (§ 18 VOL/B)

6.1 Stellung der Sicherheit

Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag ist in Höhe von --- Prozent der Auftragssumme (inklusive Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, und wenn dies für die sach- und fristgemäße Leistung ausnahmsweise erforderlich erscheint.

Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

6.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird die Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür der Vordruck 11039 a „Vertragserfüllungsbürgschaft“ zu verwenden oder die Bürgschaft muss inhaltlich vollständig dem Vordruck des Auftraggebers entsprechen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärungen des Bürgen:

- Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet, sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Als Gerichtsstand wird _____ vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen.

7 Zahlungsbedingungen (§ 17 VOL/B)

Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

8 Gerichtsstand (§ 19 VOL/B)

Als Gerichtsstand wird Frankfurt am Main vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen.

9 – frei –

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen – WBVB –¹

¹ **Hinweis:** Die Bedingungen sind zu nummerieren; als Abschluss ist zu schreiben: „Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen“.

10.1 Kündigung

Beiden Vertragsparteien steht bei Vorliegen eines wichtigen Grundes das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages zu. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der jeweilige Vertragspartner

- seine wesentlichen Verpflichtungen nicht einhält und eine Nachfrist verstreicht; als wesentlich sind auch die mangelhafte Ausführung der Reklamationsbearbeitung sowie die nicht vertragsgemäße Form der Rechnungsstellung anzusehen,
- im Rahmen der Einzellieferungen / -leistungen wiederholt und nachhaltig gegen seine Verpflichtung verstößt,
- gegen die Verschwiegenheitsverpflichtung verstößt.

Unberührt bleiben sonstige Ansprüche, insbesondere auf Gewährleistung und Schadenersatz.

10.2 Haftung

Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die durch eigenes Verschulden oder durch Verschulden (leichte und grobe Fahrlässigkeit; Vorsatz, insbesondere auch strafbare Handlungen) seines Personals in Ausübung des Dienstes oder bei der Erfüllung sonstiger vertraglicher Verpflichtungen entstehen auch dann, wenn kein Versicherungsschutz durch die Betriebshaftpflichtversicherung besteht.

Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für die von ihm, seinen Arbeitskräften oder Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Schäden. Dies gilt auch für mittelbare Schäden und Folgeschäden oder entstandene Verluste und Schäden an aufgezeichneten Daten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von entsprechenden Entschädigungsansprüchen einschließlich von Regressansprüchen Dritter jeglicher Art freizuhalten.

Der Auftraggeber haftet nicht für die Folgen von Unfällen, die der Auftragnehmer, seine Arbeitskräfte oder Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung ihrer Tätigkeit erleiden. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von entsprechenden Entschädigungsansprüchen einschließlich von Regressansprüchen jeglicher Art freizuhalten.

Hiervon ausgenommen sind Entschädigungsansprüche des Auftragnehmers, seiner Arbeitskräfte oder Erfüllungsgehilfen (i) aus der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit, (ii) aus der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) und/oder (iii) für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Auftraggebers, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung dieses Vertrags überhaupt erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der Auftragnehmer regelmäßig vertrauen darf.

Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Auftraggeber nur auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden, wenn diese einfach fahrlässig verursacht wurden, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers aus einer schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

10.3 Versicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung für die gesamte Laufzeit abzuschließen, deren Bestehen dem Auftraggeber nachzuweisen ist.

Die Deckungssummen je Schadensereignis müssen mindestens folgende Höhe ausweisen:

Personen- und Sachschäden: 5.000.000,- EUR

Vermögensschäden: 100.000,- EUR

Verlust von fremden gewerblichen Schlüsseln oder Code-/Chipkarten: 100.000,- EUR

Abhandenkommen bewachter Sachen: 100.000,- EUR

Die Gesamtleistung aller Versicherungsfälle beträgt das Zweifache dieser Deckungssumme.

Der Versicherungsschutz muss vor dem Inkrafttreten des Vertrages nachgewiesen werden. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

10.4 Verschwiegenheit und Treuepflicht

Der Auftragnehmer hat darauf hinzuwirken, dass alle Kenntnisse, die sein Personal bei seiner Tätigkeit für den Auftragnehmer erlangen, vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben werden. D.h. Kenntnisse über interne Betriebsabläufe und sonstige Kenntnisse des Auftraggebers (z.B. Namen, Telefonnummer von Beschäftigten der Bundesbank), insbesondere der umgesetzten baulichen, technischen, personellen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen.

Der Auftragnehmer und sein Personal haben – auch nach der Beendigung des Vertrages – über alle im Zusammenhang mit der Auftragserfüllung bekannt gewordenen sicherheitsrelevanten Umstände oder sonstige Interna beim Auftraggeber Stillschweigen zu bewahren.

10.5 Zuverlässigkeitsüberprüfung

Der Auftraggeber behält sich vor, für die bei ihm vom Auftragnehmer eingesetzten bzw. einzusetzenden Mitarbeitern eine Zuverlässigkeitsüberprüfung durch das Landeskriminalamt durchführen zu lassen. Der Auftraggeber kann während der gesamten Vertragslaufzeit eine erneute Einwilligung in die Zuverlässigkeitsüberprüfung der vom Auftragnehmer eingesetzten bzw. einzusetzenden Mitarbeiter verlangen.

10.6 Mindest- und Höchstabnahmemengen

Es werden keine Mindestabnahmemengen vereinbart.

Die für das Einsatzgebiet genannten Mengen stellen die geschätzten Mengen dar. Eine Abnahme- bzw. Abrufverpflichtung von Seiten des Auftraggebers bis zur vollständigen Ausschöpfung besteht dabei grundsätzlich nicht. Die Höchstabrufmenge aus dem Vertrag darf max. +15 % der jeweils geschätzten Abrufmenge betragen.

Ziff. 5 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen entfällt.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen